

Positionen in Kürze

Bist du noch Stadt oder schon Zuhause?

Wir kämpfen für eine Stadt Bern, die ein qualitativer Raum zum Leben für alle ist. Das bedeutet für uns, dass in Bern mehr Asphalt aufgebrochen und durch kühlende Grünflächen ersetzt werden muss. Als Stadt sind wir aber auch in der Pflicht, gegen innen zu verdichten: nicht nur bei der Gebäudedichte, sondern vor allem auch beim eigenen Flächenverbrauch. Bezahlbarer Wohnraum soll klug und zu fairen Bedingungen gefördert werden, unter anderem durch die Förderung von genossenschaftlichem Wohnbau. Bern gehört uns allen - wir wollen den öffentlichen Raum gestalten und in Anspruch nehmen. Wir fordern gleich lange Spiesse für alteingesessene und für temporäre Nutzungen, für die Traditionsbeiz wie das Pop-up. Aus der Corona-Zeit können wir viel lernen, wie der öffentliche Raum besser und menschenfreundlicher genutzt werden könnte.

Familienpolitik für die ganze Familie

Städtische Familienpolitik ist mehr als bloss die Förderung von Frauen. Sie muss althergebrachte Rollenbilder – auch männliche – aufbrechen. Wir wollen Strukturen, die Anreize zur Erwerbstätigkeit setzen – unabhängig von der gewählten Lebensform. Für viele Familien sind Tagesschulen der Schlüssel zu dieser Freiheit der Lebensgestaltung. Dieses Angebot muss daher ausgebaut und dem Kindergartenalter entsprechend gestaltet werden. Auch von privaten Arbeitgebern braucht es flexiblere, familienfreundlichere Arbeitsmodelle, mehr Möglichkeiten der freien Tagesgestaltung und mehr Möglichkeiten, zu Hause zu arbeiten. Die Corona-Krise ist diesbezüglich eine Chance. Sie zeigt, dass bei den richtigen Rahmenbedingungen, insbesondere bei einem guten Angebot für die Kinderbetreuung, flexibles Arbeiten machbar ist. Die Stadt soll sich für kluge Anreize einsetzen, damit nach der Pandemie nicht wieder die Arbeitswelt des reinen Grossraumbüros und der Präsenzzeit zurückkehrt.

Enkeltaugliche Finanzpolitik

Bern und die künftigen Generationen von Bernerinnen und Bernern haben eine Finanzpolitik verdient, die nicht die Lasten der heutigen Politik auf später überwälzt. Wir müssen unsere Finanzen so organisieren, dass wir unsere Schulhäuser, Sportanlagen und Strassenprojekte renovieren oder neu bauen können, ohne dafür grosse Schuldenberge anzuhäufen. Reicht das Geld nicht, müssen Prioritäten gesetzt werden. In guten Jahren sollen Reserven angelegt werden. Doch Bern ist bereits heute verschuldet und plant in den kommenden Jahren noch

zusätzliche Schulden. Künftige Generationen werden sich ihren eigenen Herausforderungen stellen müssen. Was sie bestimmt nicht verdient haben, ist ein Schuldenberg aus der Vergangenheit. Wir wollen es besser machen, Ausgaben strategisch priorisieren, den Sanierungs-Rückstau bei der städtischen Infrastruktur abbauen und mit den städtischen Finanzen sorgsam umgehen. So bleibt auch genügend Geld zur Verfügung für Soziales und Kultur. Generationengerecht eben.

Wirtschaftsstandort Bern: Start-up seit 1191

Ein aktives Wirtschaftsleben ist die Grundlage für Arbeit und Freizeit, generiert Steuereinnahmen und schafft damit das Fundament des gesellschaftlichen Lebens. Um auch in Zukunft eine attraktive Stadt sein zu können, setzen wir uns dafür ein, dass der Gemeinwohlbeitrag von Unternehmen und Selbständigerwerbenden die verdiente Anerkennung erhält, statt dass sie wie heute als notwendiges Übel betrachtet oder gar unter Generalverdacht der Abzockerei gestellt werden. Die Stadt soll unsere Unternehmen nicht unnötig einschränken und funktionierende Märkte spielen lassen. Eine nachhaltige Finanzpolitik muss sicherstellen, dass die Steuern und Abgaben für die Unternehmen in der nahen Zukunft planbar bleiben. Betriebe müssen durch digitalisierte Prozesse und flexible online-Schalter administrativ entlastet werden. Bern soll ein Brutkasten für Start-ups werden und die Neugründung von Unternehmen soll durch eine zentrale Anlaufstelle in der Verwaltung vereinfacht werden. Auch lautes Gewerbe und Industrie müssen in der Stadt ihren Platz haben.

Eine Stadt, die mitdenkt

Bern soll eine Stadt werden, die zum Nutzen ihrer Einwohnerinnen und Einwohner führend ist in der Digitalisierung. In Bern soll Digitalisierung im Dienste der Lebensqualität stehen. Für die Stadtverwaltung darf sie nicht eine lästige Pflicht sein und nicht in erster Linie als Gefahr gesehen werden. Die Digitalisierung soll Behördengänge einfacher machen und vom eigenen Gerät aus ermöglichen. Ob Publibikes, Parkplätze oder öffentliche Räume: Die Ressourcen der Öffentlichkeit sollen dank der Digitalisierung einfacher und fairer genutzt werden können. Die Verwaltung soll sich in Bern stets fragen müssen: Haben wir alle Möglichkeiten der Digitalisierung so ausgeschöpft, dass unsere Einwohnerinnen und Einwohner so viel Zeit wie nur möglich auf dem Gurten oder im Marzili oder auf dem eigenen Balkon verbringen können?

Mit System fürs Ökosystem

Die Stadt Bern tut vieles für die Umwelt, vor allem sehr viel Verschiedenes. 190 Massnahmen enthält allein die Klimastrategie. Klimapolitik hat auch für uns oberste Priorität. Aber wir wünschen uns mehr System, weniger Verzettelung. Die engagierte Umsetzung der wichtigsten Anliegen für ein intaktes «Ökosystem Stadt» wäre sinnvoller als die beliebige Ausweitung des Massnahmenkatalogs. Mehr Fokus und mehr Schutz für die Umwelt entstehen, wenn Umweltschutz stärker über die Lenkung statt über die Förderung mit teuren Subventionen erfolgt. Teil einer städtischen Umweltpolitik ist auch das Recycling und das Upcycling von Wertstoffen, möglichst vor Ort. Umweltschutz und Wirtschaftspolitik sind keine Gegensätze, sondern in einem engagierten Umweltschutz liegen auch attraktive Möglichkeiten für lokale KMUs.

Mehr Gestaltungsraum für Lehrpersonen, Kinder und Eltern

Die Qualität der öffentlichen Grundschulbildung in der Stadt Bern ist der Schlüssel zu den Chancen der nächsten Generation und zur Chancengleichheit in der Gesellschaft. Diese grosse Verantwortung lastet in erster Linie auf den Schultern unserer Lehrpersonen. Sie sollen die ihnen gebührende Wertschätzung und Unterstützung erfahren. Damit auch Kinder sich individuell und gemäss ihrem eigenen Tempo entfalten können, soll die Basisstufe und der Zugang zu Ganztagesesschulen in der Stadt Bern zur Norm werden. Die Stadt hat den Auftrag, attraktiven und genügend Schulraum zur Verfügung zu stellen und Schulareale entsprechend weiterzuentwickeln. Schulen, in denen innovatives und selbständiges und engagiertes Denken und Unterrichten möglich ist.

Eine Verkehrspolitik, die alle Räder auf die Strasse kriegt

Die schweizerische Verkehrspolitik basiert auf einem Ausbau der Infrastruktur, dies gilt für die Schiene als auch für die Strasse und das ist falsch. Durch die Einführung eines flächendeckenden Mobility Pricing sollen finanzielle Anreize geschaffen werden, unser ÖV- und Strassennetz effizienter zu nutzen und ökologische Mobilitätsformen attraktiver zu machen. Städtische Verkehrspolitik darf keine Verkehrsträger ausschliessen. Neben attraktiven Rahmenbedingungen für die Stadtmenschen, die zu Fuss, mit dem Velo oder mit dem öffentlichen Verkehr unterwegs sind, soll auch das (Elektro-) Auto weiterhin seinen Platz in der Stadt haben. Intelligent genutzte Autos ermöglichen eine einfache Gestaltung der Freizeit, und können eine sinnvolle Ergänzung zu den übrigen Verkehrsträgern darstellen. Statt Fahrzeughalter zu vergraulen, soll die Stadt mit finanziellen Anreizen und Projekten wie «private Carsharing» eine höhere Ausnutzungsquote privater Fahrzeuge erwirken.